

Hannover, der 25.06.2014

Frauen übernehmen die Ernährerinnenrolle Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten tagte in Verden

Rund 70 Gleichstellungsbeauftragte aus niedersächsischen Kommunen trafen sich am 24.06.2014 zu einer Landeskonzferenz in Verden. Weitere Gäste vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, der Landespolitik, Landesfrauenrat, sowie lokale Akteurinnen waren der Einladung gefolgt. Gastgeberin Christine Borchers, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Verden, freute sich über die große Resonanz.

Schwerpunktthema der Veranstaltung waren Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Genderaspekten. Die Ökonomin Dr. Christina Klenner vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans Böckler-Stiftung stellte in ihrem Vortrag „Wandel der Geschlechterarrangements – neue Herausforderungen in Politik und Arbeitswelt“ ihre Thesen vor.

„Immer mehr Frauen wollen und müssen ihre finanzielle Lebensgrundlage selbst erwirtschaften“, so Klenner. Das überkommene Modell des männlichen Versorgers in der Ehe habe ausgedient. Es gebe zunehmend Zweiverdienerhaushalte, und als Alleinerziehende oder in Regenbogenfamilien seien häufig die Frauen die alleinigen Ernährerinnen.

Allerdings seien die Möglichkeiten für Frauen, eine eigene Existenzgrundlage zu erwirtschaften oder Kinder und Partner mit zu versorgen, aufgrund der tatsächlichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erschwert. Hier gelte es für Politik und Wirtschaft neue Wege zu gehen. „Regelungen in vielen Politikfeldern, in denen die männliche Ernährerrolle vorausgesetzt wird, aber männliche Verantwortung für Kinder, Pflege und Haushalt nicht einkalkuliert ist, gehören auf den Prüfstand“, so die Ökonomin.

Die Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung, Jutta Schiecke, stellte die regionale Handlungsstrategie für die Region Lüneburg vor und bedauerte den starken Rückgang von EU-Mitteln. Sie warb bei den Gleichstellungsbeauftragten, EU-Projekte mit Beispielcharakter zu entwickeln, um das Ziel Gleichberechtigung in allen Bereichen zu verankern.

Auf der Konferenz forderte die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen (*lag*) die Landesregierung auf, endlich die Vorhaben des Koalitionsvertrages umzusetzen. Weder bei der Reform des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) noch bei der Überarbeitung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes seien aus Sicht der *lag* bisher wirkliche Verbesserungen zu verzeichnen.

Eine frauenpolitische Kraft
in Niedersachsen



Landesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros
Niedersachsen

Die Landeskonzferenz verabschiedete außerdem Anträge zur Verbesserung der Situation der Hebammen und zur steuerlichen Entlastung von Alleinerziehenden, zur besseren Vergütung nicht-ärztlichen Personals bei der Versorgung im ländlichen Raum, zur Einführung eines Gender-Budgeting bei der Vergabe von Mitteln aus den Strukturförderfonds der EU sowie zur Wiederaufnahme des Fonds „Dabei sein“.